

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, April 2009 59. Jahrgang, Nr. 678

Rote Socken setzen immer frecher Stasi-Opfer unter Druck

Unterlassungsforderung gegen "Freiheitsglocke" und Ellen Thiemann / von Carl-Wolfgang Holzapfel

Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und des Wirkens des MfS und seiner offiziellen und inoffiziellen Bediensteten bleibt weiter schwierig. Nach dem unverständlichen Gerichtsurteil gegen Fritz Schaarschmidt drohen nun auch Konsequenzen für die VOS, nachdem Ellen Thiemann kürzlich in der Fg einen Beitrag über die Lage in Deutschland vorgelegt hat, in dem sie auch Klarnamen nannte, erhielt der Bundesvorstand prompt eine Aufforderung zur Unterlassungserklärung durch einen Rechtsanwalt.

Ellen Thiemann, weithin als Buchautorin und Journalistin bekannt, berichtete in einem viel beachteten Artikel unter der Überschrift: "Beweiskraft von Stasi-Akten wird immer wieder in Frage gestellt" in der Dezember-Ausgabe der FG über die "Situation in den Medien und vor Gericht" Dabei führte das VOS-Mitglied Beispiele für die Unterwanderung der Bundesrepublik durch Altkader der SED-MfS-Nomenklatur an. Thiemann zitierte dann den beeindruckenden Film von Heribert Schwan "Der Geheimdienstschatz", in dem es einem WDR-Team gelungen war, "einen hochbrisanten Film über einige westdeutsche Handlanger der Stasi zu drehen".

Die Autorin fand es dann "umso unbegreiflicher, dass das im Film genannte Spionage-Ehepaar IM "Bob" und IM "Petra" seit 30. April 2008 gegen den WDR gerichtlich vorgeht. Nach einer Entscheidung des Hamburger Landgerichtes wurde Heribert Schwan untersagt, die Klarnamen des Ehepaares zu nennen. Dies ist umso erstaunlicher, als das fragliche Ehepaar bereits "1996 von der Bundesanwaltschaft Karlsruhe wegen geheimdienstlicher Spionagetätigkeit vor dem OLG Düsseldorf angeklagt worden" war. "Das Verfahren wurde dann eingestellt gegen Zahlung von 10.000 DM von IM "Bob" und 5.000 DM von IM "Petra. Der Grund für die Einstellung ist bis heute verschlossen geblieben", zitierte Thiemann Heribert Schwan. Auch lässt das "Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG" ausdrücklich in § 32, 3. Unterabschnitt/ Presse-Rundfunk die Veröffentlichung personenbezogener Informationen zu, wenn es sich um solche über Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes oder Begünstigte des Staatssicherheitsdienstes handelt (7. [3], 1. und 2.). Ein Umstand, der von den Gerichten augenscheinlich nicht ausreichend gewürdigt wird, da man die Kenntnis einschlägiger Gesetzestexte unterstellen kann. Im vorliegenden Fall hat nun das Ehepaar einen Rechtsanwalt beauftragt, von Ellen Thiemann und der VOS (als Herausgeber der FG) eine Unterlassungserklärung zu verlangen. Sollte diese nicht bis zum 24. April eingehen, werde er "seinen Mandanten raten, sofort gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen", schreibt Rechtsanwalt Helmut Jipp aus Hamburg. Natürlich habe die VOS, Ellen Thiemann und der Redakteur "die Kosten meiner Inanspruchnahme … zu tragen."

Im FG-Artikel hatte Thiemann mehrfach Heribert Schwan zitiert: "Geradezu absurd, dass das besagte Ehepaar trotz eindeutiger Dokumente behauptet, nie mit dem MfS zusammengearbeitet zu haben." Nachdem eine so genannte Programmbeschwerde von der WDR-Intendantin abgewiesen worden war, klagte das Ehepaar gegen den Sender, der Ausgang ist offen.

In einer ersten Erklärung betonte der Bundesvorstand, dass alle angeführten Unterlagen an Deutlichkeiten nicht zu wünschen übrig ließen und man daher einer Klage der agilen Eheleute gelassen entgegen sehe. Das jüngste Urteil der 9. Zivilkammer des LG München vom 15.04. 2009 sei in dieser Hinsicht "ein klarer Kontrapunkt gegen die Frechheiten der Täter von gestern." Allerdings, so der VOS-Bundesvorstand in seiner Presseerklärung, seien die immer häufiger angestrengten Prozesse gegen die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit auch ein Indiz dafür, dass der Gesetzgeber "den einstigen Tätern unverständliche Lücken gelassen" habe. Ein rechtzeitiges Verbot der betroffenen Organe und Organisationen als "kriminelle Vereinigungen" hätte den einstigen Tätern die Möglichkeit verbaut, ihre ehemaligen Opfer mit juristischen Scharmützeln zu überziehen und diese letztlich finanziell in die Knie zu zwingen. So aber sprechen die Finanzbehörden den zu diesem Zweck gebildeten Vereinen ehemaliger Funktionsträger die Gemeinnützigkeit zu, "damit diese steuerbegünstigt ihre Attacken gegen den einstigen Gegner, unter diesen nicht zuletzt die Verfolgten des DDR-SED-Regimes, unter dem Mantel des Rechtsstaates fortsetzen könnten."

© 2009 Carl-Wolfgang Holzapfel Stellvertr. Bundesvorsitz. d. VOS

In der letzten Ausgabe der Fg wurde durch den Bundesvorstand in einer Mitteilung ein Anstoß gegeben, den Namen der VOS - und zwar in der Beschreibung seiner Unterzeile – zu ändern. Aus Gemeinschaft ehemalipolitischer Häftlinge Gemeinschaft ehemaliger politsich Verfolgter werden. Dieser Gedanke ist keineswegs neu. In den fast sechs Jahrzehnten, in denen die VOS nun besteht und auch in der Zeit, in der mir die Redaktion der Freiheitsglocke obliegt, wurde nicht nur über Änderung der Unterzeile, sondern sogar über die Festlegung eines gänzlich neuen Namens diskutiert. Zuletzt war das Thema angesichts der geplanten Fusion der VOS mit dem BSV und der damit verbundenen Schaffung eines neuen Gesamtverbandes aktuell.

Nachdem wir in der letzten Fg den Vorschlag des Bundesvorstandes veröffentlicht haben, die VOS als Gemeinschaft politisch Verfolgter zu erklären, kamen nun mehrfach Reaktionen, die zeigen, dass die Meldung nicht richtig gelesen oder falsch verstanden wurde. Der Name VOS bleibt natürlich erhalten. Diesen nach 60 Jahren zu ändern, würde einerseits zu Verwirrung in der Öffentlichkeit führen, zum anderen würden wir uns damit nicht mehr in Übereinstimmung mit jenen Kamera-

dinnen und Kameraden befinden, die unseren Verband gegründet und in der frühen Phase gestaltet haben und die nun nicht mehr am Leben sind.

Auf ein Wort Des Redakțeurs

Der Gedanke, dass sich die VOS künftig auch für Personen öffnen soll, die in der SBZ und der DDR nicht politisch inhaftiert, aber dennoch verfolgt wurden, ist übrigens nicht neu. Auch hierzu gab es öfter Diskussionen. Auch der Vorschlag einer Unterzeile Gemeinschaft ehemaliger politischer Gefangener und Verfolgter wurde bereits diskutiert.

Wir sind froh, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine stabile, zuverlässige Führungsriege an Fünfzig- bis Sechzigjährigen in der VOS haben. Dies betrifft den Bundesvorstand wie auch die regional arbeitenden Verbände. Doch ist derzeit nicht abzusehen, wie die Situation in fünfzehn oder zwanzig Jahren sein wird, ob es dann noch genügend ehemalige politische Häftlinge geben wird, die bereit sind, sich aktiv für unseren Opferverband einzusetzen.

Dass der Bundesvorstand mit der Namensänderung (nach außen hin) ein deutliches Signal gibt, ist vor allem im Sinne des langfristigen Weiterbestehens der VOS zu verstehen. Da wir unter den Mitgliedern des Verbandes einen hohen Altersdurchschnitt haben und es bisher nur unzureichend schafften, neue Mitglieder aus den Reihen der ehemaligen DDR-Häftlinge zu gewinnen, wäre es abzusehen, dass die VOS in fünfzehn oder maximal zwanzig Jahren nur noch aus einem Häufchen unverdrossener geschichtsbewusster Individualisten mit authentischer Biografie besteht. Damit wäre keine echte Basis mehr für ihr Fortbestehen vorhanden. Auch das Festschreiben der vielen politischen Opferschicksale und des Widerstands gegen das kommunistische Gewaltregime als wesentliche Leistung der Geschichte des vorigen Jahrhunderts wäre nicht mehr hinreichend gegeben. Wir sind also gut beraten, wenn wir den Kreis der ehemaligen Häftlinge auf ehemals Verfolgte erweitern und langfristig gesehen auch mehr Personen aufnehmen, die dann gar keine DDR-Biografie, ob mit ohne Haft, mehr haben. oder Voraussetzung für eine derartige Erweiterung bleibt allerdings die Satzung, die das Gedenken und die Würdigung der Opfer und deren Versorgung beinhaltet.

> Bis zur nächsten Ausgabe Ihr Alexander Richter

Gedenkstein für 20.000 Euro zur Erinnerung an Aufstand vom 17. Juni 1953

In Teltow in der Mittelmark tut sich etwas

(Fg) Ein positives Zeichen zur Klarstellung geschichtlicher Zusammenhänge will die Stadt Teltow (Randgebiet von Berlin) setzen, indem sie einen Gedenkstein zur Erinnerung an den Aufstand vom 17. Juni 1953 aufstellen will. Der Stein soll am Hamburger Platz stehen. Hier wurde am Morgen des 17. Juni von den Arbeitern der in unmittelbarer Nähe befindlichen Großbetriebe ein Sitzstreik eingeleitet, der sich bis zum nächsten Tag hinzog und durch das Eingreifen der Polizeitruppen beendet wurde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter kamen aus den Betrieben Carl von Ossietzky (CvO) und dem Werk Mechanik Askania, aus dem später das Geräte- und Reglerwerk (GRW) wurde. Die Streikenden verliehen durch ihre Aktion dem Protest gegen die hohen Arbeitsnormen, aber auch gegen soziale Missstände wie Wohnungsmangel Ausdruck. Aus den Betrieben heraus wurde eine Resolution an die DDR-Regierung verabschiedet. Der Protest der Werktätigen konnte wie in anderen Orten nur durch Gewalt niedergeschlagen werden. Die Streikenden waren weder den Panzern der Sowjets und noch den Mannschaftswagen der Volkspolizei gewachsen.

Teltow war durch die Nähe der Grenze während der DDR-Ära ein weitestgehend abgeschnittener Ort.

Das Elend des SED-Staates ließ sich immer schlechter kaschieren

1989 – der Rückblick auf die politische Situation im Jahr der Wende

Ungeachtet der zunehmenden Popularität von Perestroika und Glasnost, von denen sich in der DDR die Menschen zwar keine Abschaffung des Sozialismus, zumindest aber Reisefreiheit und bessere Versorgung mit Konsumgütern erhoffen, gibt sich die DDR-Regierung mit den üblichen lauen Maßnahmen den Anstrich der politischen Öffnung. So tritt ab 1. April 1989 eine neue, angeblich bessere Reiseregelung zu Verwandten in die Bundesrepublik in Kraft, die dem einzelnen Bürger jedoch kein konkret einforderbares Reiserecht einräumt. Wie gehabt bestimmen die SED-Behörden nach Gusto, wer in den Westen fahren darf und (vielmehr) wer nicht.

Und während in den "Bruderländern" Ungarn und Polen die demokratischen Rechte unaufhaltsam umgesetzt werden, beharrt das Politbüro auf dem brutalen Einseitigkeitskurs. Die Grenze bleibt dicht. Doch es finden weiterhin Versuche statt, sie zu durchbrechen. So starten Ende März 1989 drei Männer mit einem PKW einen Durchbruchsversuch am Kontrollpunkt Drei Linden in Drewitz. Der Versuch scheitert, die drei werden gefasst und inhaftiert. Immerhin, sie kommen nicht zu Tode und sind ein halbes Jahr später wieder frei. *Tom Haltern*

In dieser Ausgabe:	
<i>Titelseite:</i> VOS durch Klage unter Druck	
Redaktionsthema: VOS – Namen und Perspektiven	2
Rückblick 1989: SED bleibt starrsinnig	2
Auch Frau Ahrberg wäre eine gute Wahl! Das Bundesland Brandenburg steht vor der Benennung einer/s Bundesbeauftragten	4
Endlich richtiges Geschichtsbild vermitteln BZG Rhein-Ruhr mit Zeitzeugenprojekt	5
Sachliche Einstellung und Ausstrahlung Ein Porträt des VOS-Landesvorsitzenden NRW	6
Ein verlassenes Land Ein Brief an den Ministerpräsidenten von MVP	7
Oskar Brüsewitz – achtzigster Geburtstag Gedenkveranstaltung mit Günter Nooke	8
Einer, der für viele schrieb und sprach Walter Kmepowski - achtzigster Geburtstag	8
"Maulkorberlass" wird immer teurer Fritz Schaarschmidt erwartet weitere Kosten	8

Die Plätze in "Sieker Mitte" wurden knapp Bezirksgruppentreffen in Bielefeld Aus dem DDR-Knast in die weite Welt

Carmen Rohrbachs Buch und ihre spätere Tätigkeit zeigen, was Freiheit wert ist

9

7

8, 11, 12

Jugend an Geschichte heranführen	
Beeindruckende Rede von Mario Röllig	9
	_

· Auszeichnungen	/
Denkmäler, Führungen, Gedenkstätten	2, 8
· Gerichtsurteil	10

- Verstorbene 11 - Mitteilungen, Meldungen 11

- Termine, Veranstaltungen, Impressum

Das geht alle an!

Unterlassung gefordert, Klage angedroht - Kann die VOS das stemmen?

Wie dem Bericht des Bundesvorstands auf der Titelseite zu entnehmen ist, könnte die VOS durch die Androhung einer Klage finanziell stark unter Druck geraten. Da es bei der Auseinandersetzung jedoch um grundsätzliche Positionen (Namensnennung von IM u. ä.) ist der Bundesvorstand daran interessiert, eine eventuelle Klage auszufechten.

Die Kameradinnen und Kameraden werden daher gebeten, die Aktion durch Spenden zu unterstützen.

Nachruf

Im Alter von 85 Jahren verstarb am 4. April 2009 unsere geschätzte Kameradin

Ursula (Uschi) Harske

Uschi Harske gehörte der VOS an, seit sie nach einer langen Haftstrafe 1955 aus dem Straflager Workuta zurückgekehrt war. Sie war Kassiererin der Bezirksgruppe Köln und übte auf die Kameraden einen wohltuenden Einfluss aus. Wir alle verlieren mit ihr einen freundlichen, warmherzigen Menschen, den jeder mochte.



Gerade das 85. Lebensjahr vollendet, ließ es sich Kamerad Heinz Schließauf aus der Bezirksgruppe Bielefeld nicht nehmen, einen Tag nach seinem Geburtstag am 28. März 2009 am jährlichen Treffen seiner Kameraden in der Sieker Mitte in Bielefeld teilzunehmen. Bericht aus Seite 9. (Foto: A.R.)

Zusage der Opferpension für Killer Schmökel zurückgenommen

(FG) Wie in der letzten Fg berichtet, hatte der wegen schwerer krimineller Delikte verurteilte Frank Schmökel aufgrund einer Verurteilung wegen versuchter Republikflucht die Ehrenpension für ehemalige politische Häftlinge erhalten. Gegen diese Entscheidung haben viele Opfer des Kommunismus protestiert, da Schmökel diese Vergünstigung durch seine Gewaltdelikte verwirkt habe und die Gewährung auch das Ansehen der Opfer und Widerständler von SBZ und DDR allgemein herabwürdige. Schmökel gehöre nicht in diese Kategorie. Inzwischen wurde die Zusage der Ehrenrente für Schmökel zurückgenommen.

Spender für die VOS

Bernhard Plocharski, Renate Schulze, Helfried Reichel, Erik Hofmann, Ilse und Horst Wagner, Ernst-Helmut Ebert, Günter Lehmann, Horst Radigk, Ruthardt Fischer, Margot und Gustav Käthner, Gisela und Manfred Rohde, Hanni und Manfred Peter, Martin Raabe, Sieglinde und Rainer Buchwald, Dr. S. Lindner, Rudi Tietz, Günter Jakobi, Alfred Czubek, Gerhard Buske

Allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön. Jede Spende trägt bei, die VOS zu erhalten

Hinweis: Dieser Fg liegt ein Anmeldeformular für interessierte Kameradinnen und Kameraden zur Aufnahme in das Zeitzeugenarchiv der VOS bei. Bitte ausfüllen und an die Adresse der VOS in Berlin zurücksenden.

Es ist spät, aber nicht zu spät! Die Wahl könnte Edda Ahrberg treffen.

Das Bundesland Brandenburg steht kurz vor der Benennung einer oder eines Landesbeauftragten

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer und siebzehn Jahre nach Öffnung der Stasi-Akten scheint sich nun im Bundesland Brandenburg anzubahnen, was viele kaum noch für möglich gehalten haben, was andere wiederum dauerhaft verhindern wollten: Das Land will einen Beauftragten für die Unterlagen des ehemaligen MfS benennen, damit die Opfer endlich eine direkte und eigenständig agierende Anlaufstelle für ihre Fragen, Sorgen und Anliegen haben und die Aufarbeitung der Geschichte nach 1945 erleichtert werden kann.

Der Weg bis in das heutige Stadium, da sich SPD und CDU endlich einig zu sein scheinen, war ein sehr langer. Oft genug war die Einrichtung der Landesbeauftragten-Stelle gefordert worden, jedes Mal erfolgten Ausflüchte und Absagen. Alljährlich, wenn an wechselnden Orten die Einladungen zu den bundesweit ausstrahlenden Kongressen der fünf bereits berufenen Beauftragten der anderen neuen Bundesländer erfolgten und Betroffene wie auch Interessierte mit großem Eifer an den Veranstaltungen teilnahmen, blieb der Platz des Brandenburger Landesbeauftragten leer. Um diese Situation entsprechend zu brandmarken, wurde stets ein Stuhl mit einer menschengroßen Puppe an auffälliger Stelle im Kongresssaal platziert. Selbige Puppe sollte das Fehlen des Brandenburger Landesbeauftragten symbolisieren und anmahnen.

Dass wir nun im Land Brandenburg voraussichtlich kurz vor der Benennung einer oder eines Verantwortlichen für die SED-Opfer stehen, hat zwar den einen oder anderen überrascht, aber letztlich wirken mittlerweile viele Faktoren so stark, dass sich die bisher im Landtag widerstrebenden Kräfte gegen die Besetzung einer Stelle nicht mehr wehren können. Zum einen sind die SED-Opfer, insonderheit die ehemaligen politischen Gefangenen des kommunistischen Regimes, stark genug geworden, um sich mehr Gehör und Geltung zu verschaffen, zum anderen ist das falsche Geschichtsbild, das vor allem in den Schulen des Landes Brandenburg zu breiten eklatanten Auswüchsen gelangt ist, auch für viele Politiker der demokratischen Parteien ein Warnsignal geworden, das der Linken weiteren Zulauf und noch mehr Einfluss verschaffen könnte. Angesichts der bevorstehenden Wahlen könnte sich dies auch schnell in realen Ergebnissen widerspiegeln. Durch die Benennung einer oder eines Landesbeauftragten wäre die Möglichkeit gegeben, Geschichtsaufarbeitung, die übrigens in den Gedenkstätten Potsdams mit Zeitzeugenprogrammen und geschulten Führungen eine sehr gute Entwicklung genommen hat, besser zu koordinieren und auszubauen.

Auch für den Opfer-Verband VOS erhoffen wir uns mit dieser Maßnahme mehr Ausstrahlung und bessere Arbeitsmöglichkeiten. Bekanntlich bestehen in Brandenburg nur kleinere Gruppen, sodass eine Erweiterung sehr wünschenswert wäre, zumal sich mit den Zuchthäusern in der Stadt Brandenburg und in Cottbus sowie in der U-Haft-Anstalt des MfS in der Potsdamer Lindenstraße, aber auch in Sachsenhausen wesentliche Leidenstätten des kommunistischen Regimes befinden. Inzwischen gibt es in Potsdam auch das Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, bei dem die Opfer eine ernst zu nehmende Lobby gefunden ha-

ben. Der Verein ist kooperativ und verfolgt dieselben Ziele wie die VOS, sodass sich hier eine schnelle und reibungslose Zusammenarbeit ergeben dürfte.

Wie wir aus der erfolgreichen Arbeit aller bisher eingesetzten Beauftragten der anderen neuen Bundesländer wissen, leisten diese wichtige und erfolgreiche Arbeit, was die Betreuung und Beratung der SED-Opfer angeht. Auch Gedenkstättenarbeit, Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit werden über diese Stelle koordiniert und aktiviert. Broschüren werden herausgegeben, durch Einladungen an die Opfer zu Zusammenkünften und Exkursionen können Vernetzungen unter den Betroffenen selbst entstehen und die Mitgliedschaft in den Opferverbänden angeregt werden. Nicht zuletzt hat sich auch die Zustimmung der Landesbeauftragten in der Vorbereitungsphase der Opferrente für politische Häftlinge von SBZ und DDR positiv ausgewirkt.



Freundlich, ausgeglichen, hilfsbereit und kompetent – so haben die SED-Opfer Edda Ahrberg als Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt erlebt. (Foto: W. Rink)

Mittlerweile gibt es die Beauftragten-Stellen in einigen Bundesländern schon solange, dass die zulässige Amtszeit von zwei Wahlperioden zu je fünf Jahren bereits abgelaufen ist. Eine dritte Kandidatur ist nicht möglich zumindest nicht in ein und demselben Bundesland. Vorgeschlagen wurde daher, den früheren Landesbeauftragten von Mecklenburg-Vorpommern Jörn Mothes für dieses Amt in Brandenburg nochmals einzusetzen. Mothes hat zehn Jahre lang gute Arbeit im Sinne der SED-Opfer geleistet und sich nachdrücklich für weitere Aufgaben empfohlen. Dasselbe trifft auf Edda Ahrberg, ehemals Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt, zu. Es wäre also auch denkbar, dass man im Land Brandenburg über eine Nominierung von Frau Ahrberg nachdenkt. In Sachsen-Anhalt hat sie mit großem Nachdruck und mit viel Erfolg die Interessen der SED-Opfer vertreten. Auch jetzt ist sie – ehrenamtlich – für die Opfer da und bringt ihre Erfahrung ein. Nicht umsonst hat sich Sachsen-Anhalt zu einem Bundesland entwickelt, in dem die ehemaligen politischen Häftlinge am besten organisiert sind, wo ein guter Kontakt zum Ministerpräsidenten besteht und wo sehr viel für sie getan wird. B. Thonn

Gewalt, Verfolgung und Freiheitskampf bezeugen – Erinnerungen bewahren für eine lebendige und gerechte Demokratie

Die VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr stellt ihr Projekt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter Einbeziehung von Zeitzeugen-Auftritten in den Schulen vor / von Detlef von Dechend

Gewalt, Verfolgung und Freiheitskampf bezeugen -Erinnerungen bewahren für eine lebendige Demokratie – Das ist der Titel unseres Zeitzeugenprojektes in Zusammenarbeit mit der Ruhruniversität Bochum, gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung für die Jahre 2009 und 2010. Bei der Generalversammlung der VOS in Friedrichroda haben die Initiatoren dieses Projektes, die Kameraden Kühn und von Dechend (Bezirksgruppe Rhein-Ruhr), bereits die ersten Schritte, die Beweggründe und die Bedeutung dieses Projektes für die VOS erläutert. Nachdem nun die Pilotphase erfolgreich abgeschlossen und die weitere Zukunft gesichert ist, möchte ich euch unser Projekt näher vorstellen und euer Interesse wecken, um bei euch Ähnliches zu initiieren und/oder uns in unseren weiteren Aktivitäten zu unterstützen.

Was sind die Beweggründe für unser Projekt?

Die aktuelle gesellschaftspolitische Situation ist bezüglich der Aufarbeitung der menschenverachtenden SED-Diktatur mit ihrem Machtapparat im Osten Deutschlands gekennzeichnet durch

- einerseits ein immer unverschämteres Auftreten der alten SED-Funktionäre in der Öffentlichkeit, begleitet von Lügen und Glorifizierungen über ihre Herrschaftszeit in Ostdeutschland und ohne eine klitzekleine Spur von Reue oder Schuldbewusstsein für ihr eigenes Unrechtshandeln;
- andererseits eine erschreckende Unkenntnis über die wahren gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Osten Deutschlands, die zum einen zu einer "Ostalgie-Welle" bei großen Teilen der Bevölkerung führt bzw. bei der heranwachsenden Jugend zu solchen Äußerungen, wie
 - Walter Ulbricht war der erste Bundeskanzler
 - der 17. Juni 1953 war der Tag des Mauerbaus
 - die Mauer wurde von der Bundesrepublik Deutschland errichtet
 - die Stasi war ein Geheimdienst, wie ihn jedes Land hat
 - zwischen Demokratie und Diktatur gibt es keine Unterschiede.

Wenn wir uns eine funktionierende Demokratie erhalten wollen, müssen wir gerade die Jugend entsprechend aufklären und die Vorzüge unserer Gesellschaft deutlich machen. Dabei kann die authentische Berichterstattung des eigenen Unrechterlebens in der kommunistischen SED-Diktatur durch Zeitzeugen weitaus einprägsamer sein als die trockene Wiedergabe des normalen Unterrichtsstoffes laut Lehrplan für diese Zeit, wenn es dazu überhaupt kommt.

In den alten Bundesländern, hier speziell in Nordrhein-Westfalen, leben viele ehemalige politische Häftlinge mit beeindruckenden Biographien, besonders was ihre Zeit in Ostdeutschland betrifft. In einer

Vielzahl von persönlichen Gesprächen ist es uns gelungen, einen Kreis von bisher ca. 15 Zeitzeugen für unser Projekt zu gewinnen, wobei wir auch Mitglieder von anderen Opfergruppen einbezogen haben. Wir wollen bei so einem bedeutenden Projekt kein Kirchturmdenken aufkommen lassen und sind für jede echte Bereitschaft zur aktiven und engagierten Mitarbeit noch aufnahmebereit, wobei dies im Wesentlichen ehrenamtlich sein wird. So sind z. B. Mitglieder des Bautzenkomitees, des Kreises der Hoheneckerinnen und des Bundes demokratischer Widerstandskämpfer, um nur einige aufzuzählen, dabei. Als herausragende Namen seien exemplarisch Dr. Karl-Wilhelm Fricke, Ellen Thiemann, Hans Marquardt, Jochen Stern, Eva-Maria Neumann, Harald Möller und Dr. Dietrich Koch genannt.



Flyer mit den Fakten für das Zeitzeugen-Projekt

Was ist bisher geschehen, was soll noch geschehen?

Im Zuge der Pilotphase (Oktober 2008 bis Februar 2009) haben wir mit vier Zeitzeugen an drei Schulen in Düsseldorf und Bochum sehr erfolgreich die ersten Veranstaltungen mit einem interessierten und diskussionsfreudigen jungen Publikum – 13. Klassen – durchgeführt. Daran beteiligt waren Jochen Stern, Ellen Thiemann, Dieter Rother und Eva-Maria Neumann. Die Veranstaltungen wurden (nach rechtzeitiger Information) von den örtlichen Medien (Zeitung, Rundfunk, Fernsehen) interessiert für die Berichterstattung aufgenommen. Dies hat damit gleichzeitig zu einer sehr positiven Werbung für das Projekt geführt. Aufgrund dieser Werbung haben wir eine rege Nachfrage verzeichnet und für das 1. Halbjahr 2009 bereits 10 weitere Veranstaltungen geplant. Mit einer Blitzaktion haben wir uns weiterhin auf die diesjährige DI-DACTA in Hannover an den Stand der Stiftung Aufarbeitung mit einem Faltblatt "geschmuggelt".

Auch unser Bundesvorsitzender, Kamerad Johannes Rink hat uns durch seine Anwesenheit und die Repräsentation der VOS gegenüber der Bundesstiftung Aufarbeitung dankenswert unterstützt. Wie ihr euch sicherlich denken könnt, ist das persönliche Gespräch mitunter sehr entscheidend für den positiven Fortgang eines Projektes. Dabei ist die Bundesstiftung für die Aufarbeitung des SED-Unrechts für uns der wichtigste Ansprechpartner.

Im Zeitalter der elektronischen Medien darf man natürlich das Internet nicht vergessen, und so sind wir gerade auch dabei, unseren Internetauftritt zu gestalten (www.vos-zeitzeugen.de), der Informationen und Diskussionsmöglichkeiten für alle Interessierten zu den Themen unseres Projektes bieten soll.

Wir möchten die Kameradinnen und Kameraden auf diesem Weg ansprechen und aufrufen, uns bei unserem Projekt durch eigene Erfahrungen, Hinweise, Ratschläge, Tipps und vielleicht auch Unterlagen, Dokumente, Bilder, Bücher usw. zu unterstützen. Ich hoffe, die Bedeutung dieses Projektes für die VOS auch über NRW hinaus - wird aus diesem Beitrag deutlich und regt euch zum Handeln an. Dabei wäre es schön, wenn sich noch weitere Kameradinnen und Kameraden für die Mitarbeit als Zeitzeugen melden. Wir wollen die ganze Ära der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland, d. h. von ca. 1945 bis 1989 abdecken, allerdings mit der momentanen Einschränkung, dass diese Erlebnisberichte auf das Land NRW beschränkt sind. Deshalb wären in diesem Bundesland Zeitzeugen aus Bayern oder Hamburg wegen der aufwändigen An- und Abreise leider nicht denkbar.

Ein weiteres möchte ich euch ans Herz legen. Wie ihr aus eigenem täglichem Erleben wisst, dreht sich in unserer Gesellschaft leider zuviel um das Geld. Doch man braucht es, um gewisse Dinge zu regeln. So geht es auch uns mit unseren Plänen. Grundsätzlich erhalten wir die finanzielle Unterstützung durch Fördermittel der Stiftung Aufarbeitung. Nun sind aber gerade 2009 wegen des 20. Jahrestages des Mauerfalls erheblich mehr Anträge als Fördermittel bei der Stiftung Aufarbeitung eingegangen und somit wurden die zugeteilten Mittel gegenüber den Anträgen deutlich reduziert. Deshalb sehen wir bei weiterhin regem Interesse der Schulen an unserem Projekt für 2009 – auch dabei wird der 20. Jahrestag eine wichtige Rolle spielen - schon einen finanziellen Engpass auf uns zukommen. Wer von euch also noch ein paar Euro übrig hat und ein gutes Werk für die VOS tun möchte, den würde ich bitten, unser Projekt damit zu unterstützen. Unsere Kontoverbindung: VOS Landesverband NRW

Unsere Kontoverbindung: VOS Landesverband NRW e. V. - Spende NRW-Projekt – PSD-Bank Rhein-Ruhr eG, BLZ 300 609 92 Kontonummer 736770600 Detlef von Dechend, Landesvorsitzender der VOS NRW und Projektleiter (mit Herbert Kühn)

Meldungen bei: GEMEINSCHAFT EHEM. POLITI-SCHER HÄFTLINGE, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende Organisation, LANDESVERBAND NORDRHEIN - WESTFALEN

VOS - Landesverband, Herr Detlef von Dechend, Oberlinstraße 51, 40625 Düsseldorf



Zur Person: Detlef von Dechend

Seit dem vorigen Jahr ist unser Kamerad Detlef von Dechend Vorsitzender der VOS-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Er wohnt in Düsseldorf, ist seit 1972 verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Rotraud von Dechend, die Gattin, ist ebenfalls Mitglied in der VOS und wurde in den Erweiterten Bundesvorstand gewählt.

Kamerad von Dechend wurde 1944 in Stolp (heute polnisch: Słupsk) geboren. Nach der Vertreibung lebte er mit seiner Familie in der DDR, wo er zweimal wegen politischer Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt wurde. Die erste Haftstrafe verbüßte er 1965 bis 1966 wegen versuchter Republikflucht in Cottbus, die zweite erhielt er 1982 wegen "Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung". Er musste diese im Zuchthaus Brandenburg verbüßen, wurde aber 1984 von der Bundesregierung freigekauft. Nach der Übersiedlung in den Westen arbeitete Kamerad von Dechend als Ingenieur, jetzt befindet er sich im Ruhestand. Er ist Mitglied einer demokratischen Partei, war zehn Jahre ehrenamtlich als Schöffe tätig und gehört dem Weißen Ring an, der vormals zur Unterstützung von Opfern von Gewalt durch Eduard Zimmermann (ebenfalls früherer Bautzen-Häftling) gegründet worden ist. Kamerad von Dechend hat eine sympathisch sachliche Ausstrahlung und verspricht die Erwartungen, die die Kameraden in ihn setzen, zu erfüllen. Mit der Aufnahme des Zeitzeugen-Projekts, in dem er ehemalige politische Häftlinge des kommunistischen Regimes an die Schulen von NRW bringen will, hat er eine wichtige Aufgabe übernommen, die vor allem Jugendlichen helfen soll, Geschichtsereignisse und politische Verhältnisse aus der Vergangenheit wahrheitsgemäß einzuordnen. Dieses Projekt kann allerdings nur gelingen, wenn sich möglichst viele Kameraden bereit erklären, daran mitzuwirken. Zur Verdeutlichung seiner Zielstellung hat Kamerad von Dechend einen Flyer (Faltblatt auf Seite 5) entworfen, auf dem die wichtigsten Daten des Projekts erfasst sind. Tom Haltern

Seit über tausend Jahren kultiviertes Land – bis der Sozialismus begann

Siegfried Jahnke schreibt an Ministerpräsident Sellering nach dessen Interview-Aussagen

Im März sorgte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Sellering (SPD) für ein Aufsehen der besonderen Art, als er in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung das gesellschaftliche System der DDR in seiner Härte nicht nur verharmloste, sondern der untergegangenen Diktatur ein völlig falsches Bild andichtete. "Es gab Willkür, Unterdrückung und Verfolgung", räumte er scheinbar kritisch ein. Dies müsse aber nicht heißen, so Sellering großzügig weiter, "dass wegen der Vergangenheit der DDR beim Zusammenwachsen nur das zählt, was aus dem Westen kommt."

Sellering unterstrich zudem, dass es im Osten, womit er die DDR meinte, auch Gutes gegeben habe. Prompt wurde die Aussage Sellerings durch andere SPD-Politiker vertieft

So erklärte Bundestags-Vizepräsident Thierse (SPD), dass es in der DDR auch "sympathische Regelungen" gegeben habe, womit er das Bildungssystem meinte und sich mit dieser Einschätzung völlig von der Realität entfernte.

Diesbezüglich sei nur an das Beispiel der Familie Schaarschmidt erinnert, deren Tochter die Zulassung zum Gymnasium entzogen wurde, nachdem bekannt geworden war, dass die Familie einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik gestellt hatte. – Über die Konsequenzen

wurde und wird in der Fg seit Längerem berichtet.

Besonders innerhalb der VOS, deren Mitglieder sämtlich unter dem Regime der DDR zu leiden hatten, lösten die Äußerungen große Empörung aus. Kamerad Siegfried Jahnke von der Landesgruppe Niedersachsen erhielt, nachdem Ministerpräsident Sellering seine Ansichten in einem NDR-Interview vertieft hatte, zahlreiche Anrufe von Kameradinnen und Kameraden, woraufhin er selbst eine Stellungnahme zu den Äußerungen abfasste, die nachstehend abgedruckt sind.

Herrn Sellering!

Was war gut an dem "Staat", durch den das Land, in dem Sie heute Ministerpräsident sein dürfen, in einen solchen Zustand geriet?

Seit über tausend Jahren kultivierten Menschen verschiedener Stämme die Acker- und Grünlandflächen des Baltischen Höhenrückens von Jütland bis an den Lagodasee.

Auch nachdem die Menschen durch keine politische Grenze, die vom Prival bis zur tschechischen Grenze verlief, getrennt wurden, gediehen die Feldfrüchte auf den Äckern in dieser Region weiterhin prächtig. Dann trat eine Wende ein. Die landwirtschaftlichen Betriebe wuchsen. Im westlichen Teil vollzog sich dieser Prozess allmählich.

Die Leute, die aufgaben, erhielten für ihr Land, wenn sie verkauften,

einen anständigen Preis, oder, wenn sie als Eigentümer blieben, eine vernünftige Pacht. Sie blieben aber meistens in ihren Dörfern und konnten ihre Häuser, in denen sie weiterhin wohnten, pflegen und unterhalten.

Im östlichen Teil wurde der Wandel in der Landwirtschaft mit brachialer Gewalt, nach dem Vorbild der großen KPdSU durchgeführt – obwohl, wie Alexander Solschenizyn schrieb, die Kollektivierung der Landwirtschaft dem russischen Volk mehr Opfer abverlangt hat als der Zweite Weltkrieg.

Bis zum Mauerbau, am 13. August, 1961 verließen dreihunderttausend Bauern mit ihren Familien über West-Berlin die DDR.

Die Zurückgebliebenen bearbeiteten das verlassene Land mit. Sie kriegten ihren Anteil nach geleisteten Einheiten bezahlt. Acker und Vieh stellten sie meistens kostenlos zur Verfügung und verloren so in vierzig Jahren Sozialismus fast vollkommen die Vorstellung vom Wert ihres Eigentums.

Wo blieb der Ertrag?

Ganz einfach: Einhundertviertausend Kilometer Zaun und Grenzbefestigung sowie die Berliner Mauer mussten unterhalten werden. Da blieb für Farbe und Zement, die in den Dörfern dringend benötigt wurden, nichts mehr übrig.

Siegfried Jahnke

Solange sie lebt, will sie ihre unermüdliche Aufklärungsarbeit über die Verbrechen des Kommunismus fortsetzen. Mit diesem einfachen, aber umso glaubhafteren Statement nahm unsere Kameradin Melanie Kollatzsch Ende März die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt aus der Hand der Justizministerin Angela Kolb entgegen. Damit wurden ein weiteres Mal das schwere Schicksal und die Lebensleistung der 81-jährigen Magdeburgerin gewürdigt, die mit 19 Jahren in der Sowjetzone unschuldig inhaftiert und zu einer 25-jährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Erst 1962 wurde Melanie Kollatzsch aus der Haft entlassen und musste in der DDR weitere menschenunwürdige Maßnahmen hinnehmen. Erst nach der Wende erfuhr sie ihre Rehabilitierung und begann ihre Vergangenheit aufzuarbeiten. Seitdem ist sie ständig mit Vorträgen vor Schulklassen oder Gruppen junger Erwachsener beschäftigt. Ein großes Anliegen ist es für sie, über die Schicksale jener Opfer zu berichten, die die Haftjahre nicht mehr überstanden. Bundesvorstand und Redakteur gratulieren hiermit.



Melanie Kollatzsch – eine Zeitzeugin von Format, die ihre Erlebnisse an Jugendliche weitergibt. (Foto: A. R.)



Egal, wie grau der Alltag der DDR-Häftlinge in den Untersuchungshaftanstalten des MfS gewesen ist, muss man die heutigentags stattfindende Vermittlung der Geschichte optisch und gestalterisch attraktiv präsentieren. Auch die Kräfte, die die Führungen mit Schulklassen veranstalten, müssen geschult und sicher auftreten.

Um diese Voraussetzungen zu schaffen, ist es erforderlich, finanzielle Mittel bereit zu stellen. Das Motto "Der Lehrstoff von heute ist der Bildungsstand von morgen" gilt hier mehr denn je.

Das Foto zeigt die UHA Lindenstraße Potsdam, Gabriele Schnell (rechts) führt eine Schulklasse. (Foto: A.R.)

Führungen durch ein dunkles Kapitel der Geschichte nun möglich

Potsdamer Gedenkstätte für 2,3 Mio. € saniert

(Fg) Mit einer offiziellen Veranstaltungseröffnung hat in der Potsdamer Leistikowstraße am 28. März die Gedenkund Begegnungsstätte ihren Betrieb aufgenommen. Nach Voranmeldung kann man dort an Führungen teilnehmen, und demnächst soll auch die Dauerausstellung zu sehen sein, in der die Schicksale vieler Unschuldiger und das brutale Vorgehen des sowjetischen Geheimdienstes dokumentiert sind. Dass diese Gedenkstätte nicht im blassen Licht der Erinnerung stehen soll und auch keine Alibimaßnahme der Politik ist, bewies die Teilnahme von hochkarätigen Persönlichkeiten wie Brandenburgs Kulturministerin Johanna Iwanka, der Abteilungsleiterin beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel sowie Professor Morsch, dem Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Einhellig waren sich die Redner des Tages und die übrigen Anwesenden einig, dass mit der Eröffnung der Gedenkstätte endlich ein wesentlicher Schritt zur Aufarbeitung des finsteren Kapitels sowjetkommunistischer Gewaltherrschaft vollzogen wurde. Der Ort ist Beleg für zahllose Rechtsbeugungen. In Verhören wurden Menschen, die man nach Gutdünken verhaftet hatte, mit dem meist unbegründeten Vorwurf "konterrevolutionärer Verbrechen" konfrontiert und solange gefoltert, bis sie ein Geständnis unterschrieben. Die Anklagen wurden vor dem sowietischen Militärtribunal erhoben, Todes- oder Freiheitsstrafen von oft genug 25 Jahren gehörten hier zum Alltag.

Potsdam erhält somit nach der Gedenkstätte Lindenstraße (siehe Foto) einen weiteren Ort, an den man auch Schulklassen zur Aufarbeitung führen sollte.

Walter Kempowski, die Erinnerung an die Haft

Er war durchaus kein gewöhnlicher Autor, und er war auch als Mensch keiner, der sich trotz des später erlangten Ruhmes nicht mehr für Vergangenheit interessierte. Walter Kempowski verbrachte mehr als acht Jahre im Gelben Elend von Bautzen Er verstarb vor etwas mehr als einem Jahr und wäre am 29. April achtzig Jahre geworden. Mit den Büchern, die er über die Haftzeit und die Zeit davor verfasste, sprach er vielen ehemaligen Mithäftlingen aus dem Herzen. Er hielt darin fest, was alle anderen auch erlebten und erlitten, und er schuf auch für jene, die die Haft nicht überlebten, eine Erinnerung.

Zu Ehren von Kempowski finden am 25. April zwei Veranstaltungen in Bautzen statt. Zum einen eine Führung durch die Gedenkstätte, zum anderen eine Lesung aus Kempowskis Büchern.

(Näheres Info-Teil dieses Fg)

Brüsewitz – das Unfassbare, das Fanal

Einen Monat später als der Schriftsteller Kempowski würde am 30. Mai der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz seinen achtzigsten Geburtstag begehen. Hierzu findet in Rippicha, in der Nähe der Stadt Zeitz, in der sich Brüsewitz aus Protest gegen die DDR-Diktatur öffentlich verbrannte, am 31. Mai eine Gedenkveranstaltung zu Ehren von Brüsewitz statt. Als Beauftragter der Bundesregierung wird der Bürgerrechtler Günter Nooke ein Grußwort vortragen. Obwohl wir in 2009 die zwanzigjährige Wiederkehr friedlichen Revolution und des Umsturzes in der DDR begehen, ist es wichtig, der Widerständler zu gedenken, die sich allein und mutig dem DDR-Regime entgegenstellten. Brüsewitz steht für all jene, die aus politischen Gründen inhaftiert waren, für die die DDR auch im Rückblick ein Unrechtsstaat bleibt.

(Näheres Info-Teil dieses Fg)

"Maulkorberlass" führt zur Aufgabe

Trotz der zutreffenden Feststellungen in der vorausgegangenen Fg, in der wir uns ausführlich mit der Entscheidung des Oberlandesgerichts München (27. Senat Augsburg) zum "Fall" Fritz Schaarschmidt befassten, gibt Kamerad Schaarschmidt juristisch gesehen - auf. Er verzichtet auf die Anrufung einer weiteren Instanz, die dann der Bundesgerichtshof wäre. Die Kosten, die schon jetzt auf Fritz Schaarschmidt zukommen (eigener Anwalt und der Anwalt des Klägers ergeben etwa 6.000 €, hinzu kommen die Gerichtskosten - auch keine Kleinigkeit) sind in seiner jetzigen Situation kaum noch zu meistern. Für eine Fortführung am Bundesgerichtshof sind nur wenige Anwälte zugelassen, und diese kosten dafür umso mehr. Dennoch sind Spenden willkommen, und auch etwas Zuspruch dürfte nicht fehl am Platze sein.

(Beiträge: Hugo Diederich)

Landesvorsitzender als Gast begrüßt

Jahrestreffen der VOS-Bezirksgruppe Detmold

Eines regen Zuspruchs erfreute sich Ende März das Zusammentreffen der Kameradinnen und Kameraden der VOS-Bezirksgruppe Detmold in Bielefeld. Traditionsgemäß versammelte man sich in der Bielefelder Gaststätte "Sieker Mitte", wo diesmal das stets reservierte "Hinterstübchen" wegen des zahlreichen Erscheinens der VOS-ler kaum ausreichend Platz bot. Mehrfach musste der Wirt Stühle nachbringen, damit alle Anwesenden Platz fanden – hatten sich doch gut zwanzig treue Kameraden eingefunden.

Höhe- und Glanzpunkt des Treffens war das Erscheinen des Landesvorsitzenden Detlef von Dechend und seiner Gattin Rotraud (Mitglied des Erweiterten Bundesvorstands). Kamerad von Dechend stellte sich zunächst den Anwesenden vor und sagte zu, auch weiterhin Ansprechpartner der Kameraden zu bleiben und im Laufe des Jahres auch die anderen Bezirksgruppen zu besuchen. Auf diese Weise sollte es möglich sein, das regionale Leben der VOS zu stärken und zu intensivieren. Großen Zuspruch fand auch das von ihm vorgestellte Zeitzeugenprojekt, mit dem an den Schulen des Bundeslandes NRW eine sachlich richtige Wissensvermittlung des Geschichtsstoffes zur SED-Diktatur unterstützt werden soll. Resonanz und Interesse bei den Kameraden waren diesbezüglich groß. Mit der Vermittlung eigenen Erlebnisstoffs könnte zugleich vielen Kameraden geholfen werden, das unüberwindbare Spättrauma, das trotz der nunmehr Jahrzehnte zurückliegenden Haftzeiten überdeutlich im Langzeitgedächtnis arbeitet, zu lindern. Wie man aus den Berichten beispielsweise unseres Kameraden Erich Grebe entnehmen konnte, sind die Erinnerungen an die Haftqualen noch heute messerscharf erhalten.

Gut, dass Kamerad von Dechend den Bereitwilligen keine Illusionen bezüglich der Vergütung für den Einsatz der Zeitzeugen an den Schulen erweckte, werden doch jeweils höchstens die Spesen abgedeckt.

Zu den Versammlungspunkten, die der Bezirksgruppenvorsitzende Bernd Pieper mit gewohnt gekonnter Routine abarbeitete, gehörte auch eine kurze, aber heftige Diskussion zur Gewährung der Opferrente für den Kriminellen Frank Schmökel. Einstimmig vertrat man die Ansicht, dass Schmökel keine Besondere Zuwendung bekommen dürfe, denn durch seine kriminelle Laufbahn habe er die Ehre der politischen Häftlinge beschmutzt. Andere SED-Opfer, die es vor, während und nach der Haft nicht leicht hatten, hätten sich deswegen schließlich auch nicht zu Vergewaltigungen und Tötungsdelikten hinreißen lassen. Inzwischen, dies wurde durch die Medien mitgeteilt, habe ein Gericht Schmökel die Ehrenpension aberkannt.

Einstimmigkeit bestand auch bei der ebenfalls heftig diskutierten Frage einer Namensänderung des Verbandes VOS. Hier wirkte das Missverständnis nach, das bereits an anderer Stelle aufgeklärt wurde, denn nicht der Name VOS sollte geändert werden oder gar verschwinden, sondern lediglich in der Unterzeile ein Zusatz aufgenommen werden (Verfolgte des Kommunismus).

Ungeachtet des Missverständnisses bleibt festzustellen, mit welch hoher Identifikation die Kameradinnen und Kameraden unsere VOS betrachten. Insbesondere auf das Logo wird mit Stolz verwiesen.

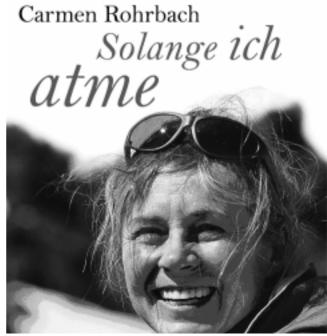
Misslungene Flucht über die Ostsee und harte Jahre im Gefängnis

Carmen Rohrbach hat die Qualen nicht bereut

Was die inzwischen weit gereiste und weltgewandte Autorin Carmen Rohrbach auf sich nahm, um aus dem Alltagsmief der DDR zu entkommen, hat fast schon mit Tollkühnheit zu tun. Zwei Tage und zwei Nächte schwimmt sie gemeinsam mit ihrem Freund in der Ostsee, um in den Westen zu gelangen. Und in eben jenen vielen Stunden im Meer resümiert sie ihr bisheriges Leben in der DDR, das verlaufen ist wie so viele andere Leben und für das sie Erfüllungen suchte, die ihr der Arbeiter- und Bauernstaat nicht geben konnte. Vor allem ihr Drang, in anderen Ländern in der Natur zu arbeiten, zu forschen, das Erfahrene zu publizieren, wurde ihr in der DDR verwehrt. Nicht mal nach Kuba oder der Mongolei durfte sie fahren. Der Grund: Sie hatte Verwandte in Westdeutschland.

Die Flucht durch die Ostsee scheitert nach 38 Kilometern. Es folgen Verhöre bei der Stasi in Rostock, dann die Verurteilung, die Haft. Zwei Jahre gehen dahin, ehe Carmen Rohrbach freigekauft wird, in denen sie die Zähne zusammen beißen muss und ihr oft genug nur die Freundschaft der anderen politischen Gefangenen bleibt, um die harten Haftbedingungen zu überstehen.





Seit sie in der Bundesrepublik ist, hat für Carmen Rohrbach ein neues Leben begonnen. Sie hat die Kontinente bereist, die Natur erforscht und in Büchern und anderen Medien darüber berichtet. Dass die Haft und die davor liegende unerfreuliche Zeit in der DDR nicht vergessen sind, beweist ihr Buch über die Flucht und die Konsequenzen. Wünschen möchte man sich, dass diese kraftvolle Kameradin auch der VOS angehört. Valerie Bosse Carmen Rohrbach: Solange ich atme Meine dramatische Flucht über die Ostsee ans Ende der Welt - ein Lebensbericht, 288 Seiten, als Taschenbuch für 9,90 Euro

Begeisterung für "Errungenschaften der DDR" beruht auf Verdrängung

VOS-Bundesvorstand nimmt an einer europaverbindenden Veranstaltung in Berlin teil / VOS-Landesvorsitzender Mario Röllig mit beeindruckender Rede

cw - Nach der ursprünglichen Eröffnung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen im Jahre 2007 und einer viel beachteten Präsentation in vielen Städten Polens wurde die Ausstellung "Ganz normale Helden" am 14. April im Roten Rathaus zu Berlin einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Ob diese bemerkenswerte Aufarbeitung und Vorstellung von Schicksalen aus der Widerstandsszene beider Staaten ohne die lange Reise durch Polen jemals den Weg ins Rathaus gefunden hätte, bleibt fraglich, war mithin auch nicht Thema des Abends.

Das überraschend zahlreich erschienene interessierte Publikum, darunter viele ehemalige Verfolgte aus Polen und Deutschland und die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden der VOS, konnte sich zu Beginn interessante Ausführungen der Bundesbevollmächtigten und Staatssekretärin des Landes Berlin, Monika Helbig, des Gesandten und Botschaftsrates der Polnischen Botschaft, Boguslaw Dubinski und des Landesvorsitzenden Berlin der VOS, Mario Röllig, anhören. Begleitet wurden die Ansprachen durch die begeistert aufgenommenen Musikeinlagen des Berliner Barden Detlef Jablonski, ein Mitglied der VOS, der mit seinen politischen Liedern in überzeugender Weise die Tragik einer zwischen den Mühlsteinen der Diktatur zerriebenen Menschlichkeit

Während Monika Helbig unzweideutig auf die Defizite in der Anerkennung der politisch Verfolgten und Opfer des DDR-Unrechtsstaates einging, ohne allerdings die Widersprüche in der Politik der eigenen rot-roten Landesregierung zu thema-

tisieren (man denke beispielsweise nur an die Verwendung der Blutgelder aus dem SED-Vermögen für die Renovierung des Schlosses Friedrichsfelde statt der dringend notwendigen Investitionen in das Haus 1 in der Ruschestraße - ehemaliges Mielke-Ministerium) und Boguslaw Dubinski die vielfältigen gemeinsa-Gedenktage Polens Deutschlands zitierte, die einen guten Weg in die Zukunft eröffneten, sprach Mario Röllig für die anwesenden und in der Ausstellung gezeigten Verfolgten des SED-DDR-Regimes, Hartmut Richter, Herbert Pfaff und Röllig selbst.

Der VOS-Landesvorsitzende lobte eingangs die herausragende Arbeit der Schüler in Polen und Deutschland, die "trotz Abitur-Stress" diese Ausstellung mit "Großem Fleiß, Engagement und Ausdauer" erarbeitet hätten. Er erinnerte an die Gastfreundschaft und die seinerzeitige feierliche Eröffnung der Ausstellung am 13. Dezember 2007 in Warschau: "Es war einfach ein tolles bleibendes Erlebnis."

In Warschau sei er von einem polnischen Zeitzeugen gefragt worden: "Warum gehst du immer wieder an den Ort zurück, an dem man Dich einst inhaftiert hat?"

Röllig antwortete: "Hohenschönhausen, dieses alte Gefängnis der DDR-Geheimpolizei, ist fast der einzige Ort, wo ich fühle, diese Zeit ist vorbei, und ich bin noch da." Es sei für ihn heute ein Triumph, besonders jungen Menschen an diesem Ort die Fakten über seine Erfahrungen mit der SED-Diktatur berichten zu können.

Röllig kritisierte aber auch scharf in seiner immer wieder von Beifall unterbrochenen Rede den aktuellen Umgang mit der Vergangenheit: "Die Idee des Sozialismus war gut, nur die Durchführung war schlecht." Das erinnere all zu deutlich an die Sprüche nach 1945: Der Nationalsozialismus war gut, nur die Durchführung sei schlecht gewesen. Röllig: "Wie wir heute diese Umfrageergebnisse peinlich finden, so wird die nächste Generation die aktuellen Äußerungen auch peinlich finden." Diese immer wieder verbreitete "Begeisterung über die Errungenschaften der DDR" beruhe auf einer fatalen Verdrängung der realen Wirklichkeit in dieser zweiten deutschen Diktatur. So habe er und viele andere nicht gewusst, dass es in der DDR eine Todesstrafe gegeben habe, die auch "bis 1981 noch vollstreckt" worden sei. Diese Tatsache wie die vieltausendfache Verfolgung politisch Andersdenkender durch Haft, Folter, Mord und Totschlag gehöre eben auch zu diesem angeblichen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz", als die sich die "Diktatur des Proletariats" gerne verkauft habe. Abschließend erinnerte Röllig an die vielen Freundschaften, die sich am Rande dieser Ausstellung in Polen und Deutschland, "zwischen Polen und Deutschen" gefunden hätten. Er sei sich sicher, dass "ihr Jungen mit eurem Wissen um die deutsche und polnische Diktaturgeschichte euer Bestes für die Völkerverständigung und gegenseitige Achtung des Andersdenkenden tun werdet und damit die beste Voraussetzung schafft für ein gemeinsames freies und demokratisches Europa."

Carl-Wolfgang Holzapfel Stellv. Bundesvorsitzender d. VOS

Geschichtliche Wahrheit muss Vorrang vor privatem Interesse haben

In dem von der 9. Zivilkammer des Landgerichts München gefällten Urteilsspruch zur Veröffentlichung von Klarnamen von IM und Fotos sowie wichtigem Bildmaterial gab Pressesprecher Tobias Pichlmaier vom Landgericht die nachfolgende Erklärung, die hier auszugsweise wiedergegeben wird.

Ein Stasi-IMB muss es sich gefallen lassen, dass im Zusammenhang mit einem historischen Ereignis durch entsprechendes Bildmaterial und auch unter Namensnennung über ihn berichtet wird. Das entschied in einem heute verkündeten Urteil die 9. Zivilkammer des Landgerichts München I. [...] Die Aufarbeitung historischer Ereignisse und die Ermittlung der, wie sie unabdingbare Voraussetzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und eines jeden freien und pluralistischen Gemeinwesens sind, würden in nicht hinnehmbarem Maße zurückgedrängt, wenn über historische und geschichtlich bedeutsame Ereignisse nicht voll umfänglich berichtet werden dürfte.

Aus: Urteil des Landgerichts München I vom 15. 04 2009, Aktenzeichen: 9 O 1277/09; noch nicht rechtskräftig

Erste Spenden für Kameraden Schaarschmidt eingegangen

Einige Kameraden reagieren auf Aufruf in Fg (cw) In den beiden letzten Ausgaben der FG haben wir ausführlich über den Prozess gegen den Kameraden Schaarschmidt informiert und in diesem Zusammenhang in unserer letzten Ausgabe zu Spenden aufgerufen. Dem Kameraden sind nach letztem Stand Kosten in Höhe von 6.000 Euro entstanden. Das erfordert unser aller Solidarität. Zwischenzeitlich sind die ersten Spenden auf unser Sonderkonto eingegangen:

Konto: VOS -Spendenkonto

Konto-Nr. 786 65 305 Postbank Hannover

BLZ 250 100 30 Kennwort: Schaarschmidt

Der VOS-Bundesvorstand bedankt sich ausdrücklich bei allen Spendern! Aber die Summe hat bisher noch nicht einmal 10% der vorgenannten Kosten erreicht. Das sollten wir alle ändern. Wenn (umgerechnet) alle Mitglieder unseres Verbandes nur einen Euro überweisen würden, würden wir nahezu zwei Drittel der Kosten des Kameraden ausgleichen können. Oder eine andere Rechnung: Allein in Berlin beziehen rund 7.000 ehemals politisch Verfolgte eine Sonderzuwendung. Wenn jeder einmalig 25 Euro (also 10% des Monatsbetrages) auf das Sonderkonto überweisen würde, hätten wir ebenfalls eine stattliche Summe erzielt. Wenn sich dazu auch andere Empfänger entschließen würden, könnten wir auch in anderen Fällen unterstützend tätig werden. Solidarität hat uns über die schwersten Zeiten unseres Lebens geholfen. Wir sollten das nicht vergessen und uns dieser Tugend auch heute erinnern.

Aktuelle Information

Wie bereits in der letzten Fg kurz gemeldet, ist die

VOS-Bezirksgruppe Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

umgezogen. Die neue Anschrift

VOS-Chemnitz (Bürgerhaus), Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz Tel.: 0371/449277

Regulär ist einmal im Monat, am 2. Mittwoch Sprechstunde in der Zeit von 15:00 - 17:00 Uhr anberaumt. Sonst nach Vereinbarung. Wir können hier Räumlichkeiten und den ganzen Service, den das Bürgerhaus bietet, mit nutzen. Telefonate können dort daher auch außerhalb der Sprechzeit angenommen werden. Die Mitarbeiter des Bürgerhauses werden die Nachrichten entsprechend weiterleiten. Ansprechpartner im Bürgerhaus sind Herr Hähle und Herr Neumann.

Nächste Veranstaltung am 17. Juni (Info auf S. 12)

VOS-Vorstand kritisiert Umgang mit Verein "Freiheit"

(cw) Der Bundesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung den Bericht von Johannes Rink über seine Bemühungen um Klärung der Vorgänge um den Verein "Freiheit" zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Umgang mit diesem ehrenamtlich tätigen Verein zugunsten der Stiftung Ettersberg wird ausdrücklich namens unseres Verbandes kritisiert und verurteilt. Die Brüskierung der jahrelangen verdienstvollen Arbeit des Vereins "Freiheit" durch das rüde Übergehen seiner Interessen kommt einem beispiellosen Affront gleich. Hier wurde selbstherrlich und vorbei an den demokratischen Regeln gehandelt und damit ein Verein getroffen, der sich ernsthaft mit der unerträglichen Selbstherrlichkeit einer gescheiterten Diktatur auseinandersetzt und seit Jahren erfolgreich das ehemalige Stasi-Gefängnis zur heutigen Gedenkstätte "Andreasstraße" in Erfurt ausgebaut hat und betreut.

Die VOS fordert die Verantwortlichen auf, den Beschluss zugunsten der Stiftung Ettersberg auszusetzen und unverzüglich mit den Beteiligten das Gespräch aufzunehmen um eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Vorstellbar wäre eine Einigung, die die beschlossene Zuständigkeit der Stiftung Ettersberg bestätigt, aber die Betreuung der Gedenkstätte durch den bisher erfolgreichen Verein bestätigt.

Keine gute Figur mehr

Anschlag auf Lenin-Denkmal in St. Petersburg

Nachdem seine Ideologie und seine Machenschaften während der kommunistischen Gewaltherrschaft entlarvt und durch die Wahrheit ersetzt wurden, gibt Lenin nun auch als Denkmal keine gute Figur mehr ab. Anfang April wurde auf jene Statue, die am Finnländischen Bahnhof in St. Petersburg steht, wo Lenin 1917 aus dem Schweizer Exil eintraf und anschließend Russland zur so genannten proletarischen Revolution führte, ein Sprengstoffanschlag ausgeübt, bei dem jedoch keine Personen zu Schaden kamen. Der Gewaltakt riss in das Bronze-Monster (Der Dargestellte nimmt mit vorgestrecktem Arm eine tatkräftige, den Umsturz legitimierende Pose ein) mehrere Löcher.

Die Polizei nahm die Ermittlungen nach den Tätern auf, konnte aber bislang keine Ergebnisse vorweisen.

Lenin hatte durch seine politischen Maßnahmen, vor allem durch die Enteignung der Kleinbauern des Landes, Millionen von Menschen im Land den Tod gebracht. Er selbst starb mit 54 und wurde vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg zur ideologischen Ikone erhoben. ("Er rührte an den Schlaf dieser Welt.") Die von ihm eingeleitete Diktatur bereitete die spätere Herrschaft Stalins vor, der seine Stellung zum Massenmord an Unschuldigen nutzte. *B. Th.*

Wir trauern um

Brigitte Brünig Walter Goldammer Ursula Harske Gerhard Nattke Günter Galetzka Herbert Elvers Bezirksgruppe Ulm
Bezirksgruppe Freiberg
Bezirksgruppe Köln
Landesgruppe NRW
Bezirksgruppe Bernburg
Bezirksgruppe München

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Termine und Informationen

Chemnitzer Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Vor 10 Jahren war in Chemnitz auf dem Kaßberg Gedenksteinweihe. Der Gedenkstein, der in der Parkanlage gegenüber Staatsanwaltschaft, Landgericht und der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt steht, erinnert an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Dieser Gedenkstein, so schrieb Erwin Tränkmann, soll nicht nur die Opfer der Gewaltherrschaft von 1945–1989 ehren, sondern auch in Dankbarkeit an die Kameraden erinnern, welche ihren Freunden und Leidensgenossen, die nach 1945 schwere Schicksale durchleben mussten, bei der Aufarbeitung dieser Zeit mit Rat und Tat zur Seite standen und noch stehen.

Wir laden Euch ein:

Mittwoch, den 17.06.2009, um 11.00 Uhr

ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung in Chemnitz (Parkanlage, gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23)

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf beste Gesundheit. Im Vorfeld der Gedenkveranstaltung wollen wir versuchen, wieder eine Besichtigung der ehemaligen U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu organisieren. Bei Interesse bitten wir um schnelle Rückmeldung. Für die Anmeldung benötigen wir den vollständigen Namen und das Geburtsdatum. Die Rückmeldung bitte an folgende Anschrift richten:

VOS-Chemnitz (Bürgerhaus), Müllerstraße 12, 09113 Chemnitz

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

80. Geburtstag Oskar Brüsewitz

Festveranstaltung Sonntag, den 31.05. 09 (Pfingstsonntag)

Grußworte: Holger Hövelmann, Innenminister Sachsen-Anhalt; Prof. Dr. Wolfgang Stock, Brüsewitz-Zentrum Berlin; Monika Zarska, Deutsch-Tschechisches Forum, Prag. **Vortrag:** Günter Nooke (Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe) in Vertretung der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Anmeldung: Bürgermeister U. Kraneis, Frau Barthel, 06712 Droßdorf, Schulweg 23, T. 03441/718793, Mobil: 017496 27046

Weitere Informationen:

www.drossdorf.eu oder www.first-minute-bücher.de

Literatur über Oskar Brüsewitz:

Harald Schultze (Hrg.): **Das Signal von Zeitz** – Reaktionen auf die Selbstverbrennung (eine Dokumentation), 420 S., erschienen: Leipzig 1993 (preisgünstig über Internet)

Alexander Richter: Das Unfassbare – Ideale und Konsequenzen im Leben und Sterben des Oskar Brüsewitz (mit einem Essay von Siegfried Guido Dahl, Emsd. 2006, 14,90 €, beziehbar über jede Buchhandlung (vorrätig in der Buchhandlung '89 an der Gedenkstätte Bln.-Hohenschönhausen und in der Buchhandlung belle & triste, Bln.-Wedding, Amsterdamer Straße)

Walter Kempowski und seine Haft im Gelben Elend Bautzen 1948 –1956

Veranstaltungen am 25. April 2009

14:30 Uhr Eine Sonderführung in der Gedenkstätte Bautzen und zum Karnickelberg (Eintritt frei), mit Kempowski-Zitaten

17:30 Uhr Da mal nachhaken – eine Lesung aus dem gleichnamigen Buch in der Kinder- und Jugendbibliothek Bautzen (Eintritt: 5 Euro), Steinhaus Bautzen, Steinstr. 37

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin PVSt Deutsche Post Entgelt bezahlt A 20 666

"Freiheitsglocke", herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon / AB: 030 - 2655 23 80 und 030 - 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de** Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50 Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin: Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter **Redaktionsanschrift**: Postfach 1202, 48 270 Emsdetten redaktion@vos-ev.de Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben den Absender nicht vergessen, sonst ist keine Abnahme vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der "Freiheitsglocke".

Beiträge:

1. Aufnahmegebühr	2,60€
2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsgloc	ke
 alte Bundesländer 	45,00€
- neue Bundesländer	40,00€
3. Jahresbeitrag für Ehepartner	15,00€
4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke	24,00€

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de Die nächste Ausgabe (679) erscheint: Mai 2009. Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 678: 19. April 2009

Antrag auf Aufnahme in das Zeitzeugen-Archiv der VOS

Ich beantrage die Aufnahme in das Zeitzeugen-Archiv:

Name, Vorname	geb. am	Ort/Kreis/Land
PLZ/Wohnort	Straße	Tel./Mobil/Fax
Ich bin Verfolgte(r) des SBZ-SED aus rechtsstaatlich nicht zu vert Freiheitsstrafe habe ich		
von/bis	in StV	Ort/Land
verbüßt.		
O Ich bin mit einer Weitergabe m O Ich möchte in die Referenten-L		
0 für Vorträge im gesamten I	C	
0 für Vorträge nur in meinem		
0 für Vorträge nur auf örtlich zur Verfügung.	er Ebene	
0 Meine Daten sollen ausschließl und bis zu meinem Tod nur ver		
0 Ein persönlicher Zeitzeugenber beigefügt.	richt/Referats-Entwurf wird neb	en weiteren Unterlagen
0 Ich bitte um die Erstellung eine werden ggf. individuell vereinb	es Zeitzeugen-Mitschnitts auf Fipart).	ilm-/Tondokument (Termine
0 Über die Weitergabe persönlich	ner Daten werde ich jeweils info	ormiert.
Vorstehende Verfügung ist wider als nicht widerrufen und kann auch		
Ort/Datum	Unterschrift	



Das Sinnbild der Freiheit nach dem Krieg 1945 und dem Ansturm der kommunistischen Ideologie auf den demokratischen Teil Deutschlands war die Freiheitsglocke in Berlin. Auch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus schloss sich dem Bekenntnis zur Freiheit des Geistes und der Meinung an und gab dem Organ des Verbandes den Namen "Freiheitsglocke". Nun, da die VOS fast 60 Jahre existiert und das Verbandsorgan bald 700-mal als Monatsausgabe erschienen ist, bleibt unser Bekenntnis zu Freiheit und Menschenrecht unverändert.

Das Foto wurde eingereicht von Dr. Martin Hoffmann, Karlsruhe